

# STAND PUNKT

Christlich-politische  
Monatszeitschrift

Februar 2020



## 9. Februar: Es geht um viel



### VOLKSABSTIMMUNG

Worüber stimmen wir am 9. Februar ab? Parolen, Infos, Interview, Pro & Kontra auf

Seiten 5-11

### GEBET BEWEGT!

Was die EDU zurzeit bewegt und wofür Sie beten können: Hintergründe und Anliegen.

Seite 13

### KANTON ZÜRICH

2x Ja zum Rosengarten  
Ja zum Taxigesetz  
Nein zur Entlastungs-Initiative  
Nein zur Mittelstands-Initiative

KANTONALTEIL

# Inhalt

Seiten 4 – 5

Aus dem Bundeshaus «Keine Spielchen auf Kosten der Stabilität!»

Seite 10

«Nein zum Zensurgesetz!» Aufruf von Hans Moser, Präsident der EDU Schweiz

- 11 Pro & Kontra Erweiterung der Rassismus-Strafnorm
- 12 Droht Meinungszensur in der EU?
- 14 Nach dem Mühleberg-Aus ist vieles offen
- 15 Ist die Demokratie in Gefahr?
- 16 Judenhass in palästinensischen Schulbüchern
- 17 klipp & klar
- 18 Kolumne: Widerspenstig
- 19 Politlunch in Thun
- 20 Treffpunkt
- 21 Pagina Ticinese | Umfrage
- 22 Service-Seite: Angebote und Termine | Talon
- 23 Schlusspunkt: Den Ball aufnehmen

[www.edu-schweiz.ch](http://www.edu-schweiz.ch)

## Wort des Monats

«DIE WAHRE LEBENSKUNST BESTEHT DARIN, IM ALLTÄGLICHEN DAS WUNDERBARE ZU SEHEN.»

Pearl S. Buck (US-Autorin, u.a. «The Story Bible. Das Land, wo Milch und Honig fliessen»)



# «Zensurgesetz»

## Hinweis

In der Mitte der Ausgabe 1/20 präsentierten wir Ihnen die Abstimmungszeitung des Komitees «Nein zu diesem Zensurgesetz!» Sie enthält wichtige Hintergrundinformationen zur Abstimmung vom 9. Februar über die Rassismus-Strafnorm (Ausweitung um die sexuelle Orientierung).

**Sie können die Abstimmungszeitung in Ihrer Wohngemeinde oder in Ihrer Region in alle Briefkästen verteilen lassen. Oder sie im Hauskreis, in der Nachbarschaft, in Ihrer Kirche weitergeben. Damit setzen Sie ein Zeichen für die Meinungsfreiheit.**

Unterstützen Sie diese wichtige Sache jetzt! Bestellungen können direkt online getätigt werden: [www.zensurgesetz-nein.ch](http://www.zensurgesetz-nein.ch)

=> Mitmachen => Versand sponsern

➔ Kontakt: 033 222 36 37, [info@zensurgesetz-nein.ch](mailto:info@zensurgesetz-nein.ch)

# Was prägt uns – und warum?



Über den Jahreswechsel machte ich mir Gedanken über die Themenbereiche Prägung, Identität und Leben. Mir wurde bewusst, wie eng diese Begriffe miteinander verbunden sind. Prägungen, vererbte Veranlagungen oder äussere Einflüsse, formen unseren Charakter, bilden und stärken Identität. Oft wird Identität gerade in schmerzhaften Phasen herangebildet. Es scheint, dass gesundheitliche Prüfungen zum Repertoire des Schöpfers gehören.

Ich durfte selber erleben, dass negative Prägungen überwunden werden können. Wir entscheiden eigenverantwortlich, welche Werte und Inhalte unsere Identität ausmachen sollen. Zeitgeist oder Gottes Geist? Vergängliche oder bleibende Werte? Jesus Christus hat uns «Leben und volle Genüge» (Johannes 10,11) verheissen. Was könnte das in einem von Wohlstand und Überfluss geprägten Umfeld bedeuten? Die Frage fordert mich heraus, immer wieder neu.

Noch etwas wurde mir im Rückblick bewusst: Auch wenn die Lebensumstände nicht optimal sind, ist Gott nie weiter als ein Gebet entfernt. Gott möchte uns «in sein Bild umgestalten». Was bedeutet das im Blick auf Lebensziele, Verhaltensmuster, vielleicht sogar auf die sexuelle Orientierung?

«Es gibt Wichtigeres im Leben, als dauernd dessen Geschwindigkeit zu erhöhen», sagte Mahatma Gandhi, der Anführer der indischen Unabhängigkeitsbewegung. Ein weiser Mann! Drei Generationen später führen Tausende von indischen Christen ein Leben in Unterdrückung oder teilweise sogar offener Verfolgung. Sie könnten viel über Prägungen und Identität erzählen. Und sicher auch darüber, was ein Leben lebenswert macht.

Thomas Feuz, Redaktionsleiter



# «Keine Spielchen auf Kosten der Stabilität!»

**Raumplanung, Budget, Heiratsstrafe, Kampfjets, Bundesratswahlen: Der neue EDU-Nationalrat Andreas Gafner erlebte gleich «das volle Programm». Weitere Schwerpunkte waren die Entscheide betreffend der Fraktions- und Kommissionszugehörigkeit.**



Nationalrat Andy Gafner

Mit der Eröffnung der 51. Legislatur am 2. Dezember 2019 und der Vereidigung startete ich in mein neues Amt als Mitglied des Nationalrats. Sicher ist es für jedes neue Parlamentsmitglied eindrücklich, das stattliche Bundeshaus zu betreten und sich hier fortan zu bewegen. Nach den konstituierenden Traktanden und der Vereidigung aller Gewählten gingen die Verhandlungen los.

## **(Zu) teure Rückbauten, Budget**

Eines der ersten Geschäfte war ein erneuter Revisionsversuch des Raumplanungsgesetzes. Die Eintretensdebatte uferte beinahe in eine Detailberatung aus. Das eigentliche Ziel ist es, den Gebäudebestand ausserhalb der Bauzonen zu stabilisieren und längerfristig zu vermindern – mit einem Kompensationsansatz: Bei einem Neubau eines Ökonomiegebäudes müsste im gleichen Rahmen kompensiert werden, d.h. ein anderes Gebäude abgerissen werden. Mit 108 zu 83 Stimmen wurde Nichteintreten beschlossen.

Der Voranschlag 2020 rechnet bei Einnahmen von 75,7 Milliarden mit einem Überschuss von

440 Millionen. Diverse Sparvorschläge, etwa die Plafonierung der Lohnkosten des Bundespersonals bei 6 Milliarden, wurden mehrheitlich abgelehnt, ebenso die Forderungen von Mehrausgaben bei der Gleichstellung. Der Finanzminister Ueli Maurer gab sich vorsichtig optimistisch, da der Bund in den letzten Jahren die Schulden um 25 Milliarden Franken senken konnte.

## **Weitere Sessionssplitter**

**Neue Kampfflugzeuge:** Beide Räte sprachen sich für einen Kredit von 6 Milliarden Franken aus, um neue Kampfflugzeuge zu beschaffen. Die Mehrheit im Parlament nimmt den Schutz vor Bedrohungen aus der Luft wahr. Das Investitionsvolumen soll mit 60 % Offsetgeschäften, mittels Aufträgen für inländische Firmen also, kompensiert werden. Armeekritiker kündeten bereits das Referendum an.

Der **Umrechnungsfaktor** wurde nun auch bei Unteroffizieren und Offizieren von 1,1 auf 1,5 erhöht, womit pro nicht geleistetem Militärdiensttag 1,5 Zivildiensttage geleistet werden müssen.

**Heiratsstrafe:** Das Thema der ausgewogenen Paar- und Familienbesteuerung beschäftigt die Politik seit längerer Zeit. Die vom Bundesrat ausgearbeitete Vorlage wurde aus gesellschaftspolitischen Gründen leider zurückgewiesen. Das bedeutet, dass verheiratete Paare weiterhin 1,5 Milliarden Franken pro Jahr zahlen, die eigentlich den Familien gehören.

**Betäubungsmittelgesetz:** Auch in der Drogenpolitik setzt der nach links gerückte Nationalrat neue Akzente. Ein sogenannter «Experimentartikel» ermöglicht es dem Bund, versuchsweise die Cannabisabgabe zu bewilligen, um angeblich die Wirkung auf Gesundheit und Suchtverhalten herauszufinden. Unter dem Deckmantel der Wissenschaft wollen linke und liberale Kreise damit die Cannabis-Legalisierung durch die Hintertür herbeiführen.

**Wasserkraft / Energiewende:** Beide Räte stimmten der Parlamentarischen Initiative Rösti zu,



die fordert, bei der Erteilung von Konzessionen für die Umweltverträglichkeitsprüfung zukünftiger Projekte den Ist-Zustand und nicht den Ursprungszustand als Beurteilungsgrundlage heranzuziehen.

Am Tag der Silllegung des Atomkraftwerks Mühleberg wurde dieser Entscheid mit Stichentscheid der Nationalratspräsidentin Isabelle Moret gefällt, mit 96 zu 95 Stimmen. Wie Links-Grün die Energiewende schaffen will, bleibt zumindest mir ein Rätsel.

**Holzenergiepotenzial ausschöpfen:** Die bereits vom Nationalrat beschlossene Motion von Erich von Siebenthal wurde nun auch vom Ständerat gutgeheissen. Das Potenzial der Holzwärmeverbände und der Holzstromproduktion soll vorangetrieben und das Potenzial von Holz als nachwachsendem Rohstoff gefördert werden.

**Bundesrats- und Richterwahlen:** Zweimal während der Wintersession trat die Bundesversammlung zusammen. Wie immer zu Beginn der neuen Legislatur wird der Bundesrat für eine weitere Amtsdauer von vier Jahren gewählt. Was im Vorfeld von den Medien gross aufgebauscht wurde, erwies sich als Schaumschlägerei der Grünen. Der Angriff von Regula Ritz auf den Sitz von Bundesrat Ignazio Cassis entpuppte

sich als Sturm im Wasserglas. Mir war klar, dass ich bei irgendwelchen Spielchen nicht mitmachen würde. Eine solide bürgerliche Mehrheit hat sich für den Weg der Kontinuität ausgesprochen, was einmal mehr bestätigt, wie stabil unser politisches System in der Schweiz eigentlich ist.

Die Richterwahlen für das Bundesstrafgericht in Bellinzona machten schon im Vorfeld Schlagzeilen. Die von den Medien dargelegten Missstände spiegelten sich im Wahlverhalten der Bundesversammlung deutlich wider. Die vielen leer eingelegten Wahlzettel sind eine Aufforderung, die herrschenden Missstände in Bellinzona umgehend anzugehen.

### Fazit

Meine erste Session war spannend und erlebnisreich. Ich habe viele neue und interessante Persönlichkeiten kennengelernt. Auch konnte ich mir einen kleinen Überblick verschaffen, wie die Geschäfte aufgeleitet und behandelt werden, und welche Art von Vorstössen in welchem Fall am effektivsten ist. In der Fraktion der SVP wurde ich gut aufgenommen und habe mich gut eingelebt. Ab Januar werde ich in der Kommission WBK (Wissenschaft, Bildung, Kultur) mitarbeiten. ●

## Parolen der EDU: 2 x Nein

Die Delegiertenversammlung fasste am 10. Januar in Olten die Nein-Parole zur Volksinitiative für «Mehr bezahlbare Wohnungen». Und mit einem «Nein zu diesem Zensurgesetz» will die EDU ein Zeichen für die Meinungsfreiheit als eines der wertvollsten Güter unserer Demokratie setzen.

### Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»: Nein

(61:4, 6 Enthaltungen)

Trotz Unterstützung des Anliegens für mehr bezahlbare Wohnungen überwiegen nach Ansicht der EDU die negativen Auswirkungen. Die Verstaatlichung des Wohnungsmarktes wäre ein Verstoß gegen die Wirtschaftsfreiheit. Zudem seien während der letzten 20 Jahre in der Schweiz noch nie so viele Wohnungen leergestanden wie heute. Eine Quote von 10% aller Neubauten für gemeinnützige Wohnungen sei unflexibel und bürokratisch.

### Änderung Schweizerisches Strafgesetzbuch und Militärstrafgesetz: Nein

(einstimmig)

Die entsprechende Parole wurde bereits am 5. Oktober 2019 gefasst. Es sei zu befürchten, dass damit legitime Meinungen kriminalisiert und weitere Klagewellen ausgelöst würden. Gesetze, die schwammige Begriffe wie «sexuelle Orientierung» benutzen, seien nicht nötig. Minderheitenschutz brauche keine Zensur. [www.zensurgesetz-nein.ch](http://www.zensurgesetz-nein.ch)

Im Weiteren sprachen sich die Delegierten für die Unterstützung der Volksinitiative «für eine generationengerechte Altersvorsorge (Vorsorge Ja – aber fair)» aus, und zwar mit 53:10 bei 13 Enthaltungen.



# Den Wohnungsmarkt «verstaatlichen»?

**Den Bau von preisgünstigen Mitwohnungen fördern, den Erwerb von Wohnungs- und Hauseigentum für den privaten Eigenbedarf sowie die Tätigkeit von Trägern und Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus fördern: Das verlangt die Volksinitiative, über die am 9. Februar abgestimmt wird.**



alt Nationalrat Markus Wäfler

Die eidgenössische Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» wurde am 18.10.2016 mit 104 800 gültigen Unterschriften eingereicht. Sie verlangt die Förderung des Angebots an preisgünstigen Mietwohnungen durch Bund und Kantone, dass Programme der öffentlichen Hand zur Förderung von Sanierungen nicht zum Verlust von preisgünstigen Mietwohnungen führen und dass gesamtschweizerisch mindestens 10 % der neu gebauten Wohnungen im Eigentum von Trägern des gemeinnützigen Wohnungsbaus sind. Kantone und Gemeinden können zwecks Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus ein Vorkaufsrecht für geeignete Grundstücke einführen.

Die Bundesverfassung beinhaltet bereits heute zahlreiche Regelungen betreffend Wohnungsbau, etwa Schutz vor Willkür und Wahrung von Treu und Glauben (BV Art. 9), Eigentumsgarantie (26), Wirtschaftsfreiheit (27), Wohnbau- und Wohneigentumsförderung (108) und Mietwesen (109). Gleiches gilt für das Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz (WEG).

## Eine kleine Übersicht

Die Initiative wurde 2016 eingereicht, als sich das Angebot an Mietwohnungen in einigen Regionen verknappert hatte und die Mieten zum Teil stark angestiegen waren. Gründe dafür waren die gute Wirtschaftslage und das starke Bevölke-



rungswachstum. Gesamtschweizerisch wurden nicht genügend neue Wohnungen gebaut, um den Bedarf zu decken. Der Anteil der leeren Wohnungen nahm zwischen 2007 und 2012 ab. Erst danach stieg die Leerwohnungsziffer wieder.

Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Volksinitiative. Er unterbreitet einen Entwurf für einen Bundesbeschluss über einen Rahmenkredit von 250 Millionen Franken für die Aufstockung des Fonds de Roulement zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus.

## Vorzüge und Mängel der Vorlage

Die Volksinitiative greift einen für die Wohnraumversorgung in der Schweiz wichtigen Punkt auf. Für Wohnungssuchende, insbesondere mit geringer Kaufkraft, ist es schwierig, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnung zu finden. Die geforderte Zielgrösse – 10 % der jährlich neu erstellten Wohnungen im Eigentum gemeinnütziger Bauträger – würde eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung für Bund und Kantone bedeuten. Zudem widerspricht die Quote dem marktwirtschaftlichen Verständnis. Die Volksinitiative ist deshalb weder realistisch noch marktkonform.

Der gemeinnützige Wohnungsbau, dessen Förderung bereits heute einen Verfassungsauftrag darstellt, spielt für die Wohnraumversorgung der wirtschaftlich schwächeren Haushalte sowie des Mittelstandes und für die Aufrechterhaltung der sozialen Durchmischung eine wichtige Rolle. Im Sinne einer marktergänzenden Förderung soll deshalb dieses Segment, das gut 4 Prozent des Wohnungsbestandes ausmacht, auf der Basis der bestehenden Gesetzesgrundlagen weiterhin unterstützt werden.

Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen». Der Nationalrat lehnt die Initiative mit 140:56 Stimmen ab, der Ständerat mit 30:13 Stimmen und 1 Enthaltung. ●

9. Februar:

**Nein** zur VI  
«Mehr bezahlbare  
Wohnungen»

# Wird die Meinungsfreiheit gefährdet?

«Wer eine von ihm angebotene Leistung (...) einer Person oder einer Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie, Religion oder sexuellen Orientierung verweigert, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft»: Diese neue Bestimmung erhielt in den letzten Wochen immer mehr Beachtung. Welche Wirkungen hat die Erweiterung der Antirassismus-Strafnorm?



Mediendienst EDU Schweiz

Bei der zweiten Abstimmungsvorlage geht es um eine Änderung des Strafgesetzbuchs (Art. 261bis) und des Militärstrafgesetzes (Art. 171c Abs. 1) vom 14.12.2018. Sie kommt aufgrund eines von der EDU massgeblich unterstützen Referendums mit über 70000 Unterschriften zur Abstimmung.

## Die aktuelle Rechtslage

Die aktuell gültige Bundesverfassung beinhaltet bereits heute umfassende Regelungen. So ist die Rechtsgleichheit gewährleistet (BV Art. 8): <sup>1</sup> Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. <sup>2</sup> Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht wegen der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung. <sup>3</sup> Mann und Frau sind gleichberechtigt. (...) Gewährleistet ist auch die Meinungs- und Informationsfreiheit (BV 16). Ähnliches gilt für das Schweizerische Strafgesetzbuch (StGB, Art. 173-178, 261), die Europäische Menschenrechtscharta (Meinungsausserungsfreiheit, EMRK-Art. 9-10) und den UNO-Pakt II (Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, Art. 18 und 19).

## Fakten, Hoffnungen und Ängste

Wer gegen die Bestimmung betreffend Diskriminierung und Aufruf zu Hass wegen der Rasse, Ethnie oder Religion verstösst, riskiert eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe. Diese Antirassismus-Strafnorm ist seit dem 1. Januar 1995 in Kraft. Als Reaktion

auf Übergriffe auf Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung hat das Parlament beschlossen, die bestehende Strafnorm zu erweitern.

Neu soll auch die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung verboten sein. Damit ist gemeint, ob sich ein Mensch zu Menschen des andern Geschlechts (heterosexuell), des gleichen Geschlechts (homosexuell) oder beiderlei Geschlechts (bisexuell) hingezogen fühlt.

Nicht gemeint sind Geschlechtsidentität oder sexuelle Vorlieben.

Neben Herabwürdigungen sind auch Propaganda oder Aufrufe zu Hass gegen Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung strafbar.

Zudem darf künftig niemand einer Person aufgrund ihrer sexuellen Orientierung eine öffentlich angebotene Leistung verweigern. Hotels, Transportunternehmen, Schulen, Bibliotheken oder Kinos und Schwimmbäder dürfen niemanden aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminieren. Dieser Punkt tangiert die persönliche Werthaltung und ist deshalb nicht unumstritten.

Auch wenn die öffentliche Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung verboten ist, dürfen weiterhin kritische Meinungen geäußert werden. Ebenso können religiöse Ansichten und Wertvorstellungen thematisiert werden. Provokative Bemerkungen, Karikaturen und Witze gelten nicht als diskriminierend – solange sie nicht die Menschenwürde verletzen. ●

9. Februar:

**Nein** zur Antirassismus-Strafnorm

# «Diese Regelung ist ein Unsinn»

**Einschränkung der Meinungs- und Gewerbfreiheit, diffuser Begriff, Widerspruch zur Bundesverfassung: Die Vorwürfe an die erweiterte Rassismus-Strafnorm wiegen schwer. Ein Gespräch mit a. Nationalrat Markus Wäfler.**

Thomas Feuz

## Markus Wäfler, welche Ziele haben Sie sich fürs neue Jahr gesetzt?

Ich möchte mich weiterhin wie bisher für eine freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung einsetzen. Ich sehe darin die besten Voraussetzungen für das Wirken und Engagement des Evangeliums. Das ist aber nicht selbstverständlich, weil zunehmend Gott-lose, sozialistische und liberale Kräfte Gott und sein Wort aus Staat, Gesellschaft, Schule, Erziehung und sogar der Kirche verdrängen. Dafür nehmen Ideologien und fremde Religionen, inkl. Gender- und Öko-Diktatur, vermehrt Einfluss auf Denken und Handeln. Als neue Aufgabe darf ich unsern neuen Nationalrat Andy Gafner in seiner Aufgabe unterstützen.

## Sie verfassen seit rund 30 Jahren Beiträge für den «Standpunkt». Was motiviert Sie dazu?

Politik, Geschichte, Wirtschaft, Technik usw. interessieren mich seit meiner Jugendzeit. Zudem war ich seit jeher der Überzeugung, dass bekennende Christen für die Zustände in unserem Land und unserer Gesellschaft direkt mitverantwortlich sind und wir deshalb unsere Ansichten einbringen und uns engagieren müssen. Für mich ist es unverständlich, dass politisches Engagement in vielen freikirchlichen Gemeinschaften verpönt ist. Einige von ihnen entstanden im 18. und 19. Jahrhundert dadurch, dass Christen sich lokal in die bestehenden Verhält-

nisse aktiv eingemischt haben und beachtliche Veränderungen in der Gesellschaft bewirkten, z.B. mit Spitälern, Heimen und Bildungsinstituten in England oder im deutschsprachigen Raum.

## Wie stark bestimmt die Politik Ihr Leben heute?

Sie ist mir nach wie vor nicht gleichgültig. Es interessiert mich immer noch, was in unserem Land, aber auch in der Welt geschieht. Vielleicht betrachte ich heute einiges aus etwas mehr Distanz als früher.

## ... «Christ und Politik»?

Politik passiert überall, wo ich ausserhalb meiner eigenen vier Wände mit Menschen in Kontakt komme. Christen sind immer und überall mitten in der Politik, ob sie es wahrhaben wollen oder nicht, selbst in ihren Kirchen und Kapellen. Die Frage lautet: Will ich die Politik um mich herum als Christ beeinflussen? Oder schalte ich auf «laissez-faire» und jammere dann darüber, wie schlecht Menschen und Welt seien?

## Kommen wir zur Erweiterung der Rassismus-Strafnorm. Sie machten sich für ein Referendum stark. Warum?

Die neue Formulierung von StGB Art 261bis steht aus meiner Sicht schon in der bisherigen Fassung in direktem Widerspruch zu Bestimmungen der Bundesverfassung, wie z.B. BV Art. 8 Abs. 2, wo steht, dass niemand diskriminiert werden darf, u.a. auch nicht wegen seiner Lebensweise, aber auch nicht wegen seiner politischen, weltanschaulichen oder religiösen Überzeugung. Das bedeutet, dass ich zwar z.B. eine homosexuelle Lebensweise führen darf, aber andererseits jemand anderes diese Lebensweise aus seiner weltanschaulichen oder religiösen Sicht auch öffentlich kritisieren und ablehnen darf.

Es steht also im direkten Widerspruch zur Bundesverfassung, mit StGB Art. 261bis persönliche und öffentliche Kritik an einer Lebensphilosophie oder Lebensweise oder an einer religiösen oder politischen Lehre und Überzeugung, welche andere Leute vertreten, als «Rassismus» zu



verbieten. Selbst Bundesrat und Papst dürfen in einer freiheitlichen Ordnung kritisiert werden. Auch das verfassungsmässige Recht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit (BV Art. 15), auf freie Meinungsäusserung (BV Art. 16) und Wirtschaftsfreiheit (BV Art. 27) werden durch die bisherige und ergänzte Rassismus-Strafnorm StGB Art. 261bis verletzt. Ich will frei sein, z.B. eine Wohnung einer jungen Familie mit Kindern statt einem gleichgeschlechtlichen Paar zu vermieten.

#### **Und die «sexuelle Orientierung»?**

Ich finde es völlig daneben, dass mit der Zusatz-Formulierung «... oder sexuellen Orientierung...» de facto nicht nur homosexuell orientierte Menschen, sondern grundsätzlich auch sexuell pädophil, exhibitionistisch, masochistisch oder sadistisch orientierte Menschen unter den gleichen Persilschein-Schutz von StGB Art. 261bis gestellt werden, obwohl diese Praktiken z.T. im StGB als Antragsdelikte aufgeführt sind, z.B. in StGB Art. 194, 196. Das ist aus meiner Sicht pervers.

#### **Zusammen mit anderen Organisationen hat die EDU über 70 000 Unterschriften gesammelt. Hat Sie das überrascht?**

Nötig für ein Referendum sind 50 000 beglaubigte Unterschriften. So wurde die Abstimmung über die Erweiterung der Rassismus-Strafnorm möglich. Ich hätte das Resultat eigentlich nicht so erwartet, war aber darum doppelt erfreut und positiv überrascht.

#### **Die Vorlage wird unterschiedlich beurteilt (vgl. «Pro & Kontra» auf Seite 11). Warum das?**

Je nach Betrachtungsweise und Gewichtung kann man in guten Treuen zu unterschiedlichen Meinungen kommen. Das ist an sich nichts Neues. Aber vielleicht konsumieren viele auch ein



bisschen zu viel an Mainstream-Medien und verlieren dadurch an Urteilvermögen und klarer Sicht.

#### **Wie begründet ist der Hinweis des Abstimmungskomitees auf Erfahrungen im Ausland, etwa den Bäcker, der aus Gewissensgründen keine Hochzeitstorte für ein gleichgeschlechtliches Paar backen wollte?**

Gerade dieser Punkt zeigt den Unsinn dieser Bestimmung. Weshalb soll ein Bäcker, Metzger oder Schreiner seine Produkte nicht an diejenigen Kunden verkaufen können, an die er will? Warum soll er gezwungen sein, alle zu beliefern? Wieso soll ich eine Wohnung nicht vorrangig einer jungen Familie vermieten dürfen, statt einem gleichgeschlechtlichen Paar? Diese Bestimmung widerspricht der verfassungsmässigen Wirtschaftsfreiheit in BV Art. 27!

#### **Ist die Befürchtung einer «Prozesswelle» begründet?**

StGB Art. 261bis ist ein sogenanntes Officialdelikt, nicht ein Antragsdelikt. Wer sich diskriminiert fühlt, kann dies der Polizei melden. Diese muss das Officialdelikt zur Anzeige bringen. Ob es zu einer Verurteilung kommt, hängt vom zuständigen Gericht ab.

#### **Warum sagen Sie Nein zum «Zensurgesetz»?**

Die Meinungsäusserungsfreiheit ist ein wichtiges und zentrales Grundrecht in einer funktionierenden Demokratie. Einschränkungen der Meinungsäusserungsfreiheit sind ein Kennzeichen von diktatorischen Systemen. Wehren wir uns deshalb gegen solche Bestrebungen rund um StGB Art. 261bis!

**Besten Dank für dieses Gespräch.**

#### **Zur Person**

Markus Wäfler, 1948, a. Nationalrat (E-Fraktion 2003 – 2007); pens. Agro-Techniker; verheiratet, 6 erwachsene Kinder; Steinmaur ZH

# «Dieses Gesetz ist unnötig!»

**Am 9. Februar entscheidet das Stimmvolk über die erweiterte Anti-Rassismus-Strafnorm, die Lesben, Schwule und Bisexuelle vor Hass und Diskriminierung schützen soll. Bedenklich dabei: «Sexuelle Orientierung» ist ein nicht abschliessend definierter Begriff. Bereits heute finden sich im Zivil- und im Strafrecht Bestimmungen, auf welche sich Betroffene bei Beleidigungen oder Gewalt berufen können.**



Hans Moser,  
Mitglied des Abstimmungskomitees

Dass nicht alle Diskriminierungsfälle geahndet werden, liegt nicht am Fehlen der Rechtsgrundlage, sondern oft an der mangelnden Beweisbarkeit. Ein neuer Straftatbestand wird LGBTI-Menschen kaum etwas nützen. Vielmehr wird ein neuer Gummiparagraf geschaffen, mit welchem vorab Aktivisten aus dem linken Lager politische Gegner mundtot machen möchten.

## «Lenzburg» darf nicht Schule machen

Bereits die Erfahrungen mit der Rassismusstrafnorm zeigen, wie schwierig diese in der praktischen Anwendung ist und wie wenig praktischen Nutzen sie für die Betroffenen hat. Auch ist der Rassismus in der Schweiz seit der Einführung der Strafnorm leider kaum zurückgegangen. Gesellschaftliche Probleme lassen sich mit dem Strafrecht nicht beseitigen.

Vielmehr könnten sich Situationen wie in der Spielgruppe Lenzburg wiederholen. Auch wenn nach einem enormen Medienaufschrei die Unschuld, ja sogar das korrekte Verhalten der Spielgruppenleiterin auf der Hand liegt, wurde die Frau kaum rehabilitiert. Der Vorwurf an sie, ihre negative Antwort an ein gleichgeschlechtliches Paar sei «rassistisch» begründet, wird wohl noch lange haften bleiben.

Wie weit angebliche Schlägereien an Silvester in Zürich wirklich auf die Homosexualität von Betroffenen zurückzuführen ist, bleibt offen. Sicher aber ist: Sofort nutzen LGBTI-Kreise diesen tragischen Vorfall für Werbung in eigener Sache. ●



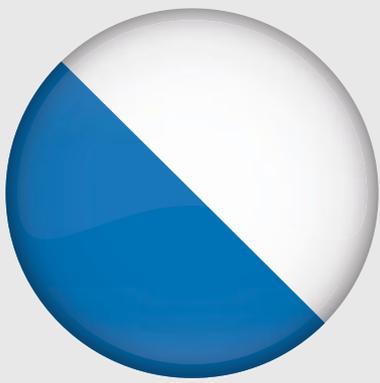
## Jede einzelne Stimme zählt!

Lieben Frauen und Männer  
Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

Die EDU steht für Recht und Gerechtigkeit für alle ein. Wir wollen keine Klassierung und Sonderrechte für angebliche Minderheiten, sondern gleiche Rechte für alle. Wir wollen kein Denk- und Meinungsverbot, sondern Glaubens-, Rede- und Gewerbefreiheit für alle.

### Auf Ihre Stimme kommt es an.

Gehen Sie am 8./9. Februar an die Urne, motivieren Sie Freunde und Nachbarn und legen Sie ein Freiheit-erhaltendes Nein in die Urne!  
Wir danken für Ihre Unterstützung mit dem Stimmzettel, mit dem Flyerversand (siehe S. 2) und finanziell.



# KANTON ZÜRICH

## Wort des Präsidenten



Hans Egli

EDU-Kantonsrat und Parteipräsident, Steinmaur

### «Tschüss Läderach-Schoggi»

Unter diesem Titel kursiert im Facebook ein offener Brief an Chocolatier Läderach, in dem behauptet wird, dass sich Läderach gegen homosexuelle Menschen und gleichgeschlechtliche Partnerschaften engagiert, was natürlich nicht stimmt. Dieser Post wurde sage und schreibe 2199 Mal geteilt und hat somit eine sehr grosse Anzahl Personen erreicht. Ich habe folgendermassen geantwortet: «Diese Hetze gegen Herrn Läderach zeigt mir, dass das Zensurgesetz unbe-

dingt abgelehnt werden muss. Von Seiten der Homo-Lobby ist weder Toleranz noch Offenheit gegenüber Andersdenkenden zu erwarten.» Genau diejenigen Personen, welche andern Intoleranz und Hetze vorwerfen, reagieren selber extrem intolerant und hetzen gegen Andersdenkende.

**Das Recht auf freie Meinungsäusserung muss unbedingt erhalten bleiben, darum NEIN zum Zensurgesetz. ●**

## Nein zur «Entlastungs-Initiative»

### Die EDU lehnt die Initiative der Jungsozialisten einstimmig ab.

Diese fordern eine Steuersenkung für tiefe und gleichzeitig eine Steuererhöhung für hohe Einkommen. Regierungsrat, Kantonsrat, die Gemeinden, die Wirtschaftsverbände und die Parteien EDU, SVP, FDP, glp, CVP, EVP und BDP empfehlen ein Nein. Die Juso gibt vor, sie wolle mit ihrer Initiative die unteren Bevölkerungsschichten von der angeblich edrückenden und steigenden Steuerlast befreien. Dies sei nötig, weil «die rechten Parteien ihre Klientel mit Steuergeschenken überschütten, während die einfachen Bürger\*innen immer mehr bezahlen».

#### Faktencheck

Die Steuern sind bereits heute stark progressiv. Das heisst, dass Personen mit geringem Einkommen wenig bis gar keine Steuern bezahlen, während die hohen Einkommen wesentlich stärker besteuert werden. Fakt ist auch, dass die Steuerbelastung für Personen mit tiefem Einkommen und für Familien in den letzten 20 Jahren deutlich stärker gesenkt wurde als für Personen mit hohem Einkommen. Eine aktuelle Studie der Universität Luzern widerlegt die Behauptung der

Juso, die Steuerbelastung habe sich in den letzten Jahren zugunsten von Gutverdienenden entwickelt.

#### Gefährliche Folgen

Nach Meinung der EDU missachtet die Entlastungs-Initiative den Verfassungsgrundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die Initiative würde nämlich dazu führen, dass Rund ein Viertel aller Steuerpflichtigen keine Einkommenssteuern mehr bezahlen müsste. Demgegenüber würde der Kanton Zürich für hohe Einkommen bezüglich Steuerlast zu einem äusserst unattraktiven Standort, da die höchste Progression von 13 auf 17 Prozent angehoben würde.

Die Initiative würde auch die Gemeinden hart treffen. Finanzschwache Gemeinden würden bis zu 9 Prozent ihrer Steuereinnahmen verlieren. Ziehen gute Steuerzahler weg, werden auch die finanzstarken Gemeinden verlieren. Diese Initiative hat weder etwas mit Steuergerechtigkeit noch mit finanzpolitischer Weitsicht zu tun. Mehr: [www.nein-zur-juso-steuer-initiative.ch](http://www.nein-zur-juso-steuer-initiative.ch) ●

# Nein zur «Mittelstands-Initiative»

**Mit dieser Initiative wollen die Jungfreisinnigen die Einkommen ganz unten und ganz oben entlasten. Da stellt sich die Frage, wieso die Initianten den Namen «Mittelstandsinitiative» gewählt haben. Denn genau der Mittelstand wird am wenigsten entlastet – ein Etikettenschwindel.**



Hans Egli

EDU-Kantonsrat, Steinmaur

Bei den tiefen Einkommen sollen mehr Personen ganz von der Einkommenssteuer befreit werden. Bei den mittleren Einkommen soll die Steuerbelastung minim reduziert werden. Bei den hohen Einkommen will die Initiative die Steuerbelastung senken, indem die höchste Progressionsstufe von 13 Prozent abgeschafft wird. Wirklich von der Mittelstandsinitiative profitieren würden die 3,5 Prozent der Steuerpflichtigen mit hohem Einkommen, die 35 Prozent der Steuern bezahlen. Diese Senkungen der Einkommenssteuer würden für den Kanton und die Gemeinden zu Steuerausfällen von insgesamt über 700 Millionen Franken pro Jahr führen.

Da die EDU für einen starken und schlanken Staat eintritt und Sparsamkeit für sie eine finanzpolitische Maxime ist, befürwortet sie Steuersenkungen durchaus, wie z. B. bei der Steuervorlage 17 vom letzten September. Steuersenkungen führen beim Bürger zu mehr finanzieller Freiheit und auf Seiten des Staates dazu, dass das Sparpotenzial besser genutzt wird. Allerdings sieht die

EDU derzeit keinen Spielraum für Steuersenkungen, wie sie von der Initiative gefordert werden. Denn in den kommenden Jahren ist einerseits mit Mindereinnahmen zu rechnen – zum Beispiel durch die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform. Andererseits sind die Aussichten für den Zürcher Staatshaushalt nicht mehr so glänzend wie auch schon. Verschiedene markante, nicht beeinflussbare Mehrausgaben stehen bevor. Zum Beispiel Prämienverbilligungen, ausgelöst durch einen Bundesgerichtsentscheid. Oder Kostenfolgen, ausgelöst durch das vom linkslastigen kantonalen Parlament beschlossene Soziallastenausgleichsgesetz. Und schliesslich hält die EDU seit Jahren an der bestehenden Progressionsstufe von 13 Prozent fest – so auch im vorliegenden Fall. Die EDU-Delegierten lehnen die Mittelstandsinitiative mit 11 Nein, 9 Ja und 2 Enthaltungen mehrheitlich ab. ●

## Stichfrage

Weil sich die beiden Steuerinitiativen gegenseitig ausschliessen, entscheidet für den Fall einer Annahme beider Initiativen die Stichfrage. Die EDU empfiehlt, bei der Stichfrage **Vorlage B Mittelstandsinitiative** anzukreuzen.

## 2x Ja zum Rosengarten

**Die Rosengartenstrasse in der Stadt Zürich ist eine der am stärksten befahrenen Strassen der Schweiz, die mitten durch ein Wohngebiet führt. Die unhaltbare Situation des immissionsgeplagten, geteilten Stadtquartiers in Zürich Wipkingen soll nachhaltig verbessert werden. Das Projekt Rosengartenram- und -Tunnel berücksichtigt die Bedürfnisse von öffentlichem Verkehr und Strassenverkehr gleichermassen.**



Thomas Lamprecht

EDU-Kantonsrat, Bassersdorf

### ÖV und MIV Hand in Hand

Seit bald 50 Jahren kommt es am Rosengarten fast täglich zu Staus, Wartezeiten, Verkehrsüberlastungen und Beeinträchtigungen des öffentlichen Verkehrs. Für den motorisierten Individualverkehr (MIV) werden zwei zweispurige

Röhren zwischen Bucheggplatz und Hardbrücke gebaut. Dieser Tunnel schafft die Voraussetzung, den Durchgangsverkehr in Wipkingen (bis 56'000 Fahrzeuge pro Tag) unter den Boden zu verlegen und so das Quartier deutlich zu entlasten. Und er schafft Platz für ein neues Tram. Die



neue Strasse ermöglicht den städtischen Verkehrsbetrieben zwei neue Tramlinien zwischen Oerlikon und Altstetten sowie zwischen Schwamendingen und Laubegg. Die neue Tangente im Westen wird auch das Schienennetz in der Innenstadt entlasten.

### **Solide Finanzierung**

Die Kosten des Projekts werden auf 1,148 Mia.

Franken geschätzt. Mehr als 800 Millionen entfallen auf den Strassenbau, gut eine Viertelmilliarde auf das Tram. Davon finanziert der Kanton rund 1,1 Mia. Franken. Die Kosten für die Stadt Zürich betragen rund 48 Mio. Franken. Die Finanzierung ist laut der Regierung über den Verkehrsfonds und den Strassenfonds gesichert. Etwa einen Drittel soll der Bund über das Agglomerationsprogramm beisteuern.

Der EDU-Kantonalvorstand hat sich einstimmig für 2 x Ja zum Rosengarten ausgesprochen. Auch der Zürcher Stadtrat, der Regierungsrat sowie der Kantonsrat empfehlen das Projekt Rosengarten zur Annahme. ●

# Ja zum neuen Taxigesetz



**Der Taximarkt im Kanton Zürich ist hart umkämpft. Vor allem, seit nicht mehr nur Taxifahrer um Kundschaft werben, sondern auch Fahrdienstvermittler wie Uber. Ein neues Gesetz soll das Taxigewerbe kantonal regeln.**



Thomas Lamprecht

EDU-Kantonsrat, Bassersdorf

Künftig soll der Kanton praktisch für den gesamten Vollzug des Gesetzes zuständig sein. Er soll ein Taxiregister führen sowie Ausweise und Bewilligungen erteilen können. Die Gemeinden sollen dagegen nur noch für Standplätze zuständig sein. Dieser Punkt des neuen Gesetzes war nicht umstritten.

### **Gleichbehandlung aller Anbieter**

Umso mehr zu reden gab dafür der zweite Punkt. Ins Gesetz aufgenommen werden sogenannte berufsmässige Personentransporte mit Limousinen und die Vermittlung von Fahraufträgen. Damit gemeint ist vor allem ein Anbieter: Uber. Es braucht gleich lange Spiesse für alle, lautet die Begründung.

### **Plakettenpflicht**

Das Taxigesetz sieht deshalb Plaketten für Dienste wie Uber vor. Wer Limousinendienste anbietet, untersteht zudem einer Meldepflicht, die Fahrer müssen den Behörden auf Verlangen Auskunft über die Fahrten geben. Dies erleichtert die Kontrolle und den Vollzug. Zudem dient sie der Bekämpfung der Schwarzarbeit.

### **Kritik**

Demgegenüber wird kritisiert, dass die Einschränkung der Wirtschaftsfreiheit zu weniger Wettbewerb unter den Anbietern und Wahlmöglichkeiten für Konsumenten führe. Zudem entstünden für Unternehmen und den Staat zusätzliche Kosten.

Die EDU-Delegierten befürworten das Taxigesetz grossmehrheitlich mit 11 Ja, 6 Nein und 4 Enthaltungen. ●



# PARTEITAG

MIT EDU-NATIONALRAT  
ANDREAS GAFNER



**CEVI-Zentrum, Glockenhof, Sihlstrasse 33, Zürich**

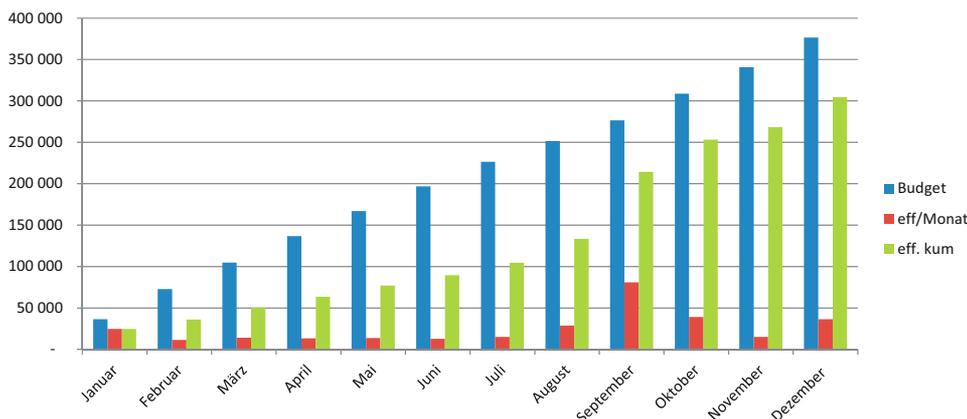
«GEDENKE AN DEN HERRN IN ALLEN DEINEN WEGEN,  
SO WIRD ER DICH FÜHREN.» SPRÜCHE 3,6

Die EDU gratuliert den Parteimitgliedern, die im Februar 2020 einen runden Geburtstag feiern, ganz herzlich.

**Hans Ruedi Saegesser, Wald · Marcel Prétat, Sulzbach  
Peter Weber, Berg am Irchel · Ruedi Moser, Gossau  
Daniel Suter, Winterthur · Ruedi Steiner, Oetwil am See  
Ferrand Schnitter, Zürich · Thomas Sigg, Rüti**

## Spendenbarometer

Jeder Franken zählt! – Vielen Dank für Ihre Unterstützung.



# Agenda

## Gebet für Volk und Regierung

**Bülach:** jeweils am 2. und 4. Montag des Monats um 20 Uhr:  
27. Januar, 10. und 24. Februar sowie 9. und 23. März  
Gemeinde für Christus (GfC), UG, Schaffhauserstr. 4, 8180 Bülach  
Info: Marianne Wäfler, 044 856 01 93

**Gossau:** jeden Mittwoch, 19.30 Uhr (auch andere Abende möglich, ausser Montag) Im Zentrum 12, 8625 Gossau  
Info: Sven u. Erika Schelling, 043 928 01 57

**Männedorf:** jeweils am Mittwoch von 9–10 Uhr in den geraden Kalenderwochen:  
5. und 19. Februar sowie 4. und 18. März  
Luegislandstr. 27, 8708 Männedorf  
Info: Margrit Vetter, 044 920 45 43

**Richterswil:** jeweils am 2. Freitag des Monats um 20 Uhr:  
14. Februar, 13. März, 8. Mai  
Glärnischstr. 6, 8805 Richterswil  
Info: Sonja Denzler, 044 784 30 23

**Rüti:** jeweils am 1. Montag des Monats um 20 Uhr: 3. Februar, 2. März, 6. April  
ETG (Evangelische Täufergemeinde) Rüti, Weinbergstrasse 22, 8630 Rüti  
Interessiert? Mail-Adresse an: sekretariat-rueti-duernten@edu-zh.ch  
Info: Albin Müller, 078 773 61 63

**Zürich:** jeweils am 2. Mittwoch des Monats von 18.30–19 Uhr:  
12. Februar, 11. März, 8. April, 13. Mai  
Raum der Stille, Cevi-Zentrum Glockenhof, Sihlstr. 33, Zürich  
Info: Achim Witzig, 044 322 61 46

**EDU+UDF**  
Eidgenössisch-Demokratische Union

## Impressum

**Sekretariat EDU Kanton Zürich**  
Bürglistrasse 31, Postfach 248  
8408 Winterthur  
052 222 42 61, info@edu-zh.ch

**Spendenkonto**  
IBAN: CH35 0900 0000 8003 7173 6  
Postkonto: 80-37173-6

**Redaktion** Daniel Suter, Nadine Dubs  
**Gestaltung** Lukas Frey

## Herzlichen Dank für Ihre Spende

Allgemeine Spenden werden zwischen der EDU Schweiz und der EDU Kanton Zürich aufgeteilt. Projekte der EDU Zürich unterstützen Sie direkt über das Postkonto 80-37173-6. Ihre Spenden an die EDU sind vom steuerbaren Einkommen abzugsberechtigt; Ehepaare bis Fr. 20'000, alle anderen bis Fr. 10'000. Die Spendenbescheinigung für Ihre Steuererklärung erhalten Sie im Februar des Folgejahres. Haben Sie Fragen? Kontaktieren Sie den Kassier der EDU Kanton Zürich, Martin Lobsiger: 044 860 06 33; martin.lobsiger@edu-zh.ch.

# Soll die Rassismus-Strafnorm auf die sexuelle Orientierung ausgeweitet werden?

## Pro



Rahel Mühlemann, Dipl. Pflegefachfrau HF, Vorstandsmitglied Zwischenraum Schweiz  
(mit Co-Autor Samuel Kräuchi)

«... **Christen sind minderwertige Menschen.**» Eine Frau wird vom Arbeitgeber diskriminiert, weil sie sich zum christlichen Glauben bekennt. Das verstösst gegen StGB Art. 261bis, der besagt, dass man niemanden aufgrund der Religion diskriminieren oder gegen die genannte Gruppe zu Hass aufrufen darf.

«... **Homosexuelle sind minderwertige Menschen.**» Eine lesbische Frau wird vom Arbeitgeber aufgrund ihrer Homosexualität diskriminiert. Das wäre nach geltendem Recht legitim. Das Antirassismusgesetz ist kein Antikritik-Gesetz. Christen dürfen aufgrund theologischer Meinungen kritisiert werden und es darf weiterhin gesagt werden, gleichgeschlechtliche Liebe sei falsch. Das ARG schützt Menschen davor, aufgrund eines bestimmten Merkmals anders behandelt zu werden. Ob gläubig oder homosexuell: Niemand soll deswegen anders behandelt werden. Dass Gerichte in der Schweiz sachlich-objektiv urteilen, dafür sorgt sowohl der Gesetzeswortlaut als auch eine bereits gefestigte Praxis in Bezug auf Diskriminierung wegen Rasse, Ethnie oder Religion. Deshalb ist es nicht nachvollziehbar, dass Gerichtsurteile aus dem Ausland als Vergleich beigezogen werden, denn da gäbe es auch umgekehrt etliche Beispiele. Neulich wurde in Polen ein schwuler Pfarrer verhaftet, weil er einen Pride-Gottesdienst machte. In Uganda wirken Christen gar mit, dass Homosexuelle wieder mit dem Tod bestraft werden können. Vergleiche lassen sich am ehesten mit unserem nördlichen Nachbarland machen. Deutschlands Bundeskanzlerin erklärte, für sie bestehe eine Ehe aus Mann und Frau. Solche Aussagen bleiben weiterhin möglich.

«Wandelt in der Liebe, wie auch Christus uns geliebt hat», mahnt Paulus in Epheser 5,2. Das sollte genügen, Bibelzitate wie Hesekeil 9,5.6 nicht als Rechtfertigung von Aufruf zu Hass oder Diskriminierung aufzufassen. Wer seine Zunge im Zaum hält und in der Liebe bleibt, muss nicht Angst davor haben, wegen der Erweiterung der Antirassismusstrafnorm mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten.



## Kontra



Samuel Kullmann, Politologe, Mitglied des Abstimmungskomitees «Nein zum <Zensurgesetz>!»

Es ist richtig und wichtig, Menschen vor Gewalt zu schützen. Die geltende Rechtsordnung schützt daher Bürgerinnen und Bürger vor Ehrverletzung, Beschimpfung, übler Nachrede, Verleumdung, Drohung, sexueller Belästigung, Körperverletzung sowie Aufruf zu Verbrechen und Gewalt. Diese Bestimmungen sollen konsequent durchgesetzt werden.

**Die Erweiterung der Rassismus-Strafnorm würde jedoch nicht nur Menschen schützen, sondern ebenfalls eine Ideologie.** Dies jedenfalls legen zahlreiche Beispiele aus Ländern mit einem ähnlichen Gesetz nahe. Die Freiheit, nach dem eigenen Gewissen handeln zu dürfen, wird klar eingeschränkt.

In verschiedenen Ländern mussten christliche Adoptionsagenturen ihre Tätigkeit aufgeben, weil sie aufgrund ihrer Überzeugung Kinder nicht an homosexuelle Paare vermitteln wollten. Wegen der Verweigerung, Produkte und Dienstleistungen für eine gleichgeschlechtliche Hochzeit bereitzustellen, wurden gegen Betreiber von Konditoreien, Fotostudios und Blumenläden jahrelange Gerichtsprozesse eingeleitet. Päivi Räsänen, eine finnische Parlamentarierin, wurde 2019 vier Stunden lang von der Polizei verhört, weil sie auf ihrem Twitter-Profil eine Bibelstelle aus Römer 1 teilte. Eine weitere gerichtliche Untersuchung läuft gegen die Politikerin wegen Aussagen in einem Büchlein über das Thema Ehe, das sie bereits 2004 geschrieben hat.

Die oben genannten Menschen sind definitiv keine von Hass erfüllten und gefährlichen Extremisten. **Trotzdem wurden sie zur Zielscheibe einer Lobby, welche die Gesellschaft zwingen will, keine kritische Haltung zum Thema Homosexualität mehr zu dulden.**

Der Kollateralschaden des neuen Antirassismus-Artikels ist zu gross, die Meinungs- und Gewissensfreiheit würde zu stark eingeschränkt werden. Ich empfehle Ihnen daher, Nein zu stimmen, sich aber im Alltag mit Zivilcourage entschieden gegen Hass und Respektlosigkeit einzusetzen.

# Droht Meinungszensur in der EU?

Der Entwurf einer neuen Anti-Extremismus-Richtlinie in der EU will alles als gleichartig definieren. Ob dies das Vertrauen der Menschen in den Staat stärkt, ist fraglich.

**Die vorgeschlagene Anti-Extremismus-Richtlinie würde eine Überwachung mit Malus-Bonus-System einführen. Das hehre Ziel der Sicherung des Vertrauens in die EU und den Binnenmarkt auf Kosten der Meinungsfreiheit dürfte sich ins Gegenteil verkehren.**



Lisa Leisi,  
Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

Die Urheber dieser Richtlinien finden sich unter dem Namen «STOP EXTREMISM – Internationales Institut für Extremismus» in Wien. Sie sehen wegen geopolitischen Herausforderungen wie dem Brexit Freiheit und Grundrechte gefährdet. Ebenso würden Wirtschaftskräfte autoritärer Regimes innere Spannungen und den Druck von aussen erhöhen.

## Ungleiches gleich behandeln?!

Ziel der Anti-Extremismus-Richtlinie sei der Schutz, die Förderung und die Stärkung der Grundrechte, wie sie in der Charta der Grundrechte der EU festgelegt sind, wird gesagt. Die Richtlinie ziele auf eine neutrale Definition von Extremismus ab, unabhängig von der Motivation, und solle alle Handlungen betreffen, die auf Zerstörung der Grundrechte abzielen. Im Entwurf dienen Binnenmarktsiegel für Produkte und Dienstleistungen im Einklang mit den Grundrechten, Meldestellen, Warnlisten, Geldstrafen und Berufsverbote zur Eindämmung von Extremismus. Unter Grundrechten wird u.a. verstanden, dass innerhalb der EU Frauen und Männer gleich behandelt werden. Ebenso gelten alle Religionen, etwa die christliche, jüdische und muslimische, als gleichwertig. Weiter seien Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung – also insbesondere heterosexuelle, homosexuelle und transsexuelle Menschen – gleichermaßen würdevoll, gleichwertig und gleich.

Und: Das von Menschen geschaffene Recht staatlicher Behörden habe Vorrang vor selbst geschaffenen oder überlieferten Inhalten, wie etwa das sogenannte «Göttliche Recht» oder das «Natürliche Gesetz».

## Wird Unrecht zu Recht?

Dieser Entwurf wird, wenn er umgesetzt wird, entgegen dem vorgegebenen Ziel Grundwerte wie die Meinungs- und Glaubensfreiheit untergraben. Dies, weil kein Unterschied mehr gemacht werden darf und etwa das Christentum gleichartig sein soll wie der (politische) Islam. Und auch, weil Akzeptanz und vermeintliche Gleichwertigkeit verschiedener sexueller Orientierungen eingefordert werden.

Bibelgläubige Christen drohen damit zu Extremisten abgestempelt zu werden, wenn sie es wagen, den Islam zu kritisieren und sexuelle Praktiken zu hinterfragen. Ebenso dürfte es Probleme geben, wenn Christen bezeugen, dass Frauen und Männer nicht gleichartig, aber gleichwertig sind. Meinungsäusserungen, die nicht dem Mainstream entsprechen, werden kriminalisiert. Ein Bonus-Malus-System hin zu Bürgern zweiter Klasse würde damit eingeführt, wie wir es bereits in extremer Ausgestaltung aus China kennen. Damit dürfte das Vertrauen der Bürger in die EU statt gestärkt weiter geschwächt werden. ●

# Gebet bewegt!

**Damit man in der Politik etwas bewegen kann, sind Einsatz und Engagement nötig. Nichtregierungsparteien wie die EDU stossen bald mal an ihre Grenzen. Christen wissen von einer übernatürlichen Quelle.**



Simon Fülleemann,  
Mitglied GL EDU Schweiz, Ressortleiter Geistliche Leitung

Wir sind überzeugt: Gebet bewegt! «Das Gebet eines Menschen, der sich nach Gottes Willen richtet, ist wirkungsvoll und bringt viel zustande» (Jakobus 5,16, NGÜ). Im Folgenden finden Sie einige Anliegen, welche die EDU momentan bewegen.

**Nationalrat Andreas Gafner.** Wir sind Gott dankbar, dass wir mit Andy Gafner wieder im Nationalrat vertreten sind. Er wurde gut in der Fraktion (SVP) aufgenommen und begann im Januar mit der Kommissionsarbeit. Beten wir um Weisheit, Schutz und Bewahrung!

**Nachfolge Präsident, Vizepräsident und Kassier.** Hans Moser (Präsident) und Roland Haldimann (Vizepräsident und Kassier) treten auf die Mitgliederversammlung vom 4. April zurück. Wir sind dankbar für ihren langjährigen und engagierten Einsatz.

Für das Amt des Präsidenten und des Vizepräsidenten kandidieren Thomas Lamprecht (Kan-

tonsrat ZH) und Daniel Frischknecht (Kantonsrat TG). Die Suche nach einer Person fürs **Kassieramt** verläuft schwieriger. Diese Aufgabe benötigt nebst der fachlichen Kompetenz auch die Bereitschaft, ehrenamtlich viel Zeit für die EDU zu investieren. Vielleicht braucht es auch eine kreative Lösung, bei welcher man die Aufgaben auf verschiedene Personen aufteilt, ohne dass dabei die Übersicht verlorengelht oder die Effizienz leidet. Bei Gott sind Wunder möglich!

**Finanzen.** Die EDU ist dankbar für alle bisher eingegangenen Spenden. Damit wir im 2020 die anstehenden Projekte (Abstimmungskampagne «Zensurgesetz Nein», Pflegefinanzierungs-Initiative, mögliche Referenden) finanzieren können, sind wir auf mehr Spenden angewiesen. Für Aufrundungen zum Abobetrag mit dem jeweils beigelegten Einzahlungsschein sind wir deshalb dankbar – das ganze Jahr über.

**Erweiterte Rassismus-Strafnorm.** Damit wir die Abstimmung vom 9. Februar gewinnen können, ist noch bedeutend mehr Einsatz nötig. Details, wie man sich engagieren kann, findet man auf [www.zensurgesetz-nein.ch](http://www.zensurgesetz-nein.ch).

**Pflegefinanzierungs-Initiative.** Der Rücklauf der Unterschriftenbogen ist bisher sehr gering. Beten wir für motivierte Unterschriftensammler und Spender! Details zu der Initiative findet man unter [www.pflegefinanzierungs-initiative.ch](http://www.pflegefinanzierungs-initiative.ch).

**Wir sind dankbar für jede Unterstützung, sei es mit Gebet, Finanzen oder praktischer Mitarbeit. Vergelt's Gott!**



**STAND  
PUNKT**

Christlich-politische  
Monatszeitschrift

# Nach dem Mühleberg-Aus ist vieles offen

**Am 20. Dezember 2019 stellten die Bernischen Kraftwerke BKW wie angekündigt das Kernkraftwerk Mühleberg ab – nach 47 Betriebsjahren, ohne zwingenden Grund und primär aufgrund der politischen Rahmenbedingungen. Damit fallen auf einen Schlag rund 5 % unserer Stromversorgung respektive rund ein Viertel der BKW-Stromproduktion weg.**



a. Nationalrat Markus Wäfler

Das mediale Interesse an diesem Ereignis war gross. Die «Klima-Gemeinde» kommentierte den Anlass freudig als Fortschritt auf dem Weg in eine KKW-freie Zukunft. Aufgrund der am 21.5.2017 abgesegneten Energiestrategie 2050 sollen alle noch laufenden schweizerischen KKW bis etwa 2035 abgestellt werden. Sie dürfen nicht durch neue Kernkraftwerke ersetzt werden. Damit fallen rund 40 % der heutigen Stromproduktion in unserem Land weg. Zudem werden die Stromlieferungen aus Frankreich auf der Basis der bisherigen Verträge ab 2020 etappenweise auslaufen. Immerhin gibt es die Vision eines Ersatzes mit erneuerbaren Energien. Aber ist diese Alternative realistisch?

## Sonderfall Deutschland und Schweiz

Wir sind aber nicht die Einzigen, welche sich den Luxus leisten, trotz steigendem Strombedarf Kernkraftwerke primär aus politischen Gründen abzustellen. In Deutschland betrug der Anteil der Stromproduktion aus Kernenergie 2018 rund 12 %, von Kohle/Gas/Öl rund 61 % und von Wind und Sonne rund 24 %. Im Dezember 2019 wurde in Deutschland das AKW Philipps-

burg 2 mit 1400 Megawatt Leistung, das entspricht in etwa der Leistung der schweizerischen KKW Leibstadt und Mühleberg, vom Netz genommen. Die verbleibenden sechs deutschen KKW werden bis Ende 2022 ebenfalls stillgelegt. Deutschland will zudem bis 2038 auch seine Kohlekraftwerke – Braun- und Steinkohle sicherten bisher rund 45 % der Stromproduktion – abschalten.

Weltweit wird in die Stromproduktion aus KKW investiert: 450 Anlagen sind in Betrieb, 54 befinden sich im Bau und 120 in der Planung. Mit neuer Reaktortechnologie wollen viele Länder, u.a. auch China, Indien oder Saudi-Arabien, den stark steigenden Bedarf an Elektrizität decken. Die Stromproduktion aus Kohle, Öl und Gas spielt nach wie vor eine zentrale Rolle, gerät aber von der Klima-Doktrin her stark unter Druck.

Eine nicht korrigierte Energiestrategie 2050 führt zu einer nicht mehr garantierten Stromversorgungssicherheit zu überhöhten Preisen. Ob der nötige Strom importiert werden kann, ist fraglich. Nach Wegfall der eigenen Kernenergie und von Teilen der Kohlestrom-Produktion werden Deutschland und andere Länder zuerst den Eigenbedarf decken.

## Energiebedarf dürfte weiter steigen

Aus der Gesamtenergiestatistik gibt es auch Positives zu vermelden: Der Gesamtenergieverbrauch ging 2018 vor allem wegen weniger Heizzagen leicht zurück. Auch die verbesserte Energieeffizienz bei Heizungen, Verbrennungsmotoren oder Elektrogeräten macht sich positiv bemerkbar.

Trotzdem wird sich mittelfristig aufgrund der Bevölkerungsentwicklung (Einwanderung) und der zunehmenden Zahl von Wärmepumpen, Elektrofahrzeugen usw. ein steigender Strombedarf ergeben. Diesen sollten wir primär eigenverantwortlich mit einer eigenen und intelligenten statt ideologisch geprägten Stromproduktion bewältigen. ●



«Atomkraft, nein dankel!» Diese Vision scheint Strommgiganten wie China, Indien oder Saudi-Arabien nicht gross zu kümmern.

# Ist die Demokratie in Gefahr?

**Der chinesische Präsident Xi Jinping kann die Diskussionen über Demokratie nicht mehr hören. Im Reich der Mitte soll nicht einfach jeder sagen oder machen dürfen, was er will. Länder mit wenig Demokratie-Verständnis überholen die traditionellen Demokratien wirtschaftlich. Und im Wohlstandsverwöhnten Westen fragt man sich, ob Demokratie wirklich die beste Staatsform sei...**



Markus Reichenbach, Schul- und Projektleiter JmeM

Früher glaubte man daran, dass ein Politiker ein vorbildliches Leben führt, teamfähig und ein guter Familienvater ist. Heute scheinen starke Leiter gefragt zu sein, die Macht ausüben und ihre Positionen durchsetzen. Selbst dann, wenn diese gelegentlich auf «Fake News» zurückgreifen.

England schien den Brexit demokratisch nicht durchziehen zu können. Deshalb wurde Boris Johnson gewählt. Die Amerikaner wählten Donald Trump, auch wenn dessen Charakter nicht mehr den Vorstellungen von früher entspricht. Die Sicht über Politik scheint sich zu verändern. Man ruft nach starken Leitern, auch wenn dabei Rechte und Freiheiten verlorengehen.

## «Fremde Richter» sind real

Es gibt noch ein anderes Phänomen des Demokratieverlustes. Betrachten wir einmal die Europäische Union (EU) an. Die Verträge in Europa bis hin zur EU waren eine Erfolgsgeschichte. Aber mehr und mehr merken die Menschen, dass dabei Freiheiten verlorengehen. Politik wird in Brüssel gemacht und die Menschen können immer weniger dazu sagen. Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EUGH) werden hinter der politischen Bühne gefällt. Der EUGH stellt das internationale Recht vor nationales Recht und hebt ganz unbescholten die Politik und die nationalen Gesetze aus. EU-Recht wird gemäss Definition ausdrücklich durch die Justiz weiterentwickelt.



Die EU riskiert damit, dass sich Menschen mehr und mehr von der Politik verabschieden. Sie rebellieren, wollen raus aus dem Zwang. Das wird mit dem Brexit sichtbar. Die Besorgnis wegen fremden Richtern ist real, nur will kaum jemand die Gefahr wahrhaben. Einige Kritiker haben schon lange darauf hingewiesen. Die nationale Politik sollte die Hoheit über Grundfreiheiten zurückerlangen. Aber wie?

## Zurück zu den Wurzeln!

Einen Demokratieverlust hat schon der erste Kanzler der jungen Bundesrepublik Deutschland vor 70 Jahren beobachtet. Konrad Adenauer schrieb:

«Eine christliche Universität hat heute eine unabdingbare Aufgabe zu erfüllen. Es war einmal die besondere Aufgabe, Studenten zu erziehen, damit sie zu reifen und unabhängigen Individuen werden, deren Leben auf den Werten der Religion beruhte, der beste Schutz gegen den Totalitarismus.»

Die Geschichte hat es immer wieder bewiesen: Nur das Christentum vermochte die Menschheit vor dem Rückfall in die Barbarei, ja sogar vor der Selbstvernichtung zu bewahren.

Die Stiftung «Moral Majority» (Moralische Aufrüstung) wurde vor 70 Jahren, am 1. Juli 1949 in Caux oberhalb von Montreux, gegründet. Die Gründer waren davon überzeugt, dass nur eine moralische Erneuerung die Welt vor einem weiteren Krieg bewahren kann. Über 15000 Politiker und auch Staatsoberhäupter besuchten Caux und wurden so vom christlichen Glauben geprägt.

Nach den beiden Weltkriegen schufen sie Frieden und Wohlstand. Sie waren sich bewusst, dass eine funktionierende Demokratie nur mit christlichen Werten möglich ist. Nun sterben diese Leiter langsam aus und eine ganz neue Generation steht auf.

Man könnte den Demokratieverlust stoppen. Aber nur dann, wenn man sich auf die Wurzeln der Demokratie zurückbesinnen würde, wie etwa ein Konrad Adenauer oder die beherzten Frauen und Männer in Caux. ●



Welche Inhalte werden Schulkindern im Nahen Osten vermittelt – und wie?

# Judenhass in palästinensischen Schulbüchern

**Man weiss es seit längerer Zeit: Palästinensische Schüler werden gezielt gegen Israel aufgewiegelt. Nun wurde dies von einem Bericht des schwedischen Impact-SE Instituts zur Überwachung von Frieden und kultureller Toleranz in der Schulbildung bestätigt.**



Roland Haldimann,  
Vizepräsident EDU Schweiz

Der Bericht zeigt auf, dass in den Schulbüchern Inhalte dargestellt werden, welche Hass und Gewalt, aber auch den Dschihad fördern. Zudem seien die Friedensgespräche und Abkommen seit den Osloer Friedensgesprächen nicht mehr aufgeführt.

## **Das grosse «Märtyrer»-Einmaleins**

Folgende Beispiele zeigen die Manipulation der Schüler sehr gut auf: Addition und Subtraktion werden den Schülern durch das Zählen von Selbstmordattentätern beigebracht. Physik wird anhand einer Steinschleuder erklärt, wie man einen israelischen Soldaten ausschalten kann. Wahrscheinlichkeits- und Statistikprobleme werden anhand einer Berechnung erläutert, wie gross die Chance ist, dass ein Schuss mit einer Faustfeuerwaffe einen Juden in einem vorbeifahrenden Auto trifft. Und das im aufgeklärten 21. Jahrhundert!

Der eingangs erwähnte Bericht wurde von der norwegischen Regierung in Auftrag gegeben. Das Parlament sah keinen anderen Weg, als

beschlossene Zahlungen in der Höhe von 24 Millionen Dollar einzufrieren, welche bis ins Jahr 2022 bereits dem palästinensischen Bildungsministerium zugesagt waren. Als die norwegischen Medien vom Inhalt des Berichtes erfuhren, löste dies einen grossen Mediensturm aus; die Angelegenheit wurde auf den Titelseiten thematisiert.

## **Umdenken auch in der Schweiz?**

Auch andere Länder haben bereits Massnahmen ergriffen. Unter anderem lässt die EU in einer förmlichen Überprüfung klären, ob in den Schulbüchern Aufrufe zu Hass vorhanden sind. Auch der Haushaltsausschuss des Britischen Parlaments hat im letzten Jahr empfohlen, die Zahlungen für die Palästinenser aufgrund der Schulbücher auszusetzen.

Die Frage muss gestellt werden, wann die Schweiz bereit ist, ihre Zahlungen zu überprüfen. Schön wäre es, wenn wir auch in der Schweiz seitens der Medien über solche Berichte informiert würden. ●

# klipp & klar

Lisa Leisi & Thomas Feuz

## Lehrmittelfreiheit

BL hat in einer Volksabstimmung Ende 2019 mit einem Ja-Stimmenanteil von 85 % geschafft, was allen Lehrkräften schweizweit zu wünschen ist: Die Lehrpersonen können ab 1.1.2020 selber entscheiden, welche Lehrmittel von der kantonalen Lehrmittelliste sie im Unterricht einsetzen. Die «geleitete» Lehrmittelfreiheit gilt für alle Schulfächer. Initiantin hinter der Aktion ist die Bewegung «Starke Schule beider Basel».



## «Original Play»

Dass Kinder miteinander oder Eltern mit ihren Kindern spielerisch «herumbalgen», ist bekannt. Wenn jedoch fremde Männer mit Kindern in Kitas «Original Play» praktizieren, müssten sämtliche Alarmglocken läuten: Kindern wird so vermittelt, dass enger Körperkontakt mit wildfremden Männern etwas Normales sei. Nachdem in Deutschland, Österreich und Basel Kritik an die Öffentlichkeit drang, wurde ein entsprechender Workshop in Sursee abgesagt. Hintergrund: «Original Play ist die Kunst, Liebe zu schenken und Liebe zu empfangen», sagt Initiant Fred Donaldson (USA). Er vermittelt sein pädagogisches Konzept, das angeblich Aggressionen abbauen soll, über «Lehrlinge» in Kindergärten und Vorschulen verschiedener Länder.

## Methodisten vor Spaltung?

«LGBTI» könnte die Methodistenkirche spalten. Während die USA oder die Schweiz tolerant sind, lehnen vorab afrikanische Gemeinden Segnungen von homosexuellen Paaren ab. Nun soll konservativen Gemeinden der Austritt ermöglicht werden, wobei die United Methodist Church Startkapital zur Gründung neuer Kirchen zur Verfügung stellt. Die verbleibenden Gemeinden sollen umstrukturiert werden. Damit würde ein Ausweg aus einem lange schwelenden Konflikt gefunden, wie verschiedene Quellen melden. Die nächste Generalversammlung tritt im Mai zusammen.



## Grösste Kirchgemeinde Europas; SEK wird EKS

Mit der Fusion von 32 reformierten Kirchgemeinden in Zürich und Oberengstringen entsteht mit knapp 80 000 Mitgliedern die grösste Kirchgemeinde Europas (Symbolbild). Interimspräsident Andreas Hurter gegenüber SRF: «Wir befinden uns in einem Kulturwandel.»

Ähnlich ergeht es dem Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund (SEK). Er nennt sich neu Evangelisch-reformierte Kirche Schweiz (EKS). Erstes grösseres Geschäft war eine positive Empfehlung zu «Ehe für alle». Die nächste Synode tagt im Juni im Wallis.

## «And the winner is ...»

Israel hat eine vielschichtige Gesellschaft: Es gibt orthodoxe, religiöse und säkulare Juden sowie arabische, drusische und Beduinendörfer. Israel ist die einzige Demokratie im Nahen Osten. Und: Der beliebteste Name von Neugeborenen ist nicht Daniel oder Sara, sondern Mohammed. (ILI)





# Widerspenstig

Ruedi Ritschard, Kolumnist

## Wir dürfen uns im 2020 auf 366 Tage freuen.

Ein «Hoch» auf alle, die am 29. Februar Geburtstag feiern: Sie altern weniger schnell... Wir dürfen unsere Tage getrost in Gottes Hände legen. Er wird uns gut und richtig durch das neue Jahr führen. Mein Lieblingsvers steht in Josua 1, Vers 9. Wunderbar!

Trotzdem wird sich der Alltag auch mal von seiner widerspenstigen Seite zeigen. Widerspenstig meint bockig, eigensinnig, störrisch, trotzig, dickköpfig, halsstarrig – etwa ein widerspenstiger Haarschopf oder ein störrischer Esel. Halt-halt: Esel sind feinfühlig, liebenswerte Tiere, die etwa (bockstill) stehenbleiben, wenn sie verängstigt sind oder eine neue Situation zuerst «tscheggen» müssen.

Dann soll es liebe, unfolgsame, dickköpfige und eben widerspenstige Kinder geben. Dazu auch deren Eltern... Vergessen wir nicht die berühmte Kratzbürste, die eher scherzhafte Bezeichnung für eine etwas eigensinnige, widerspenstige Frau, die Mann trotzdem oder gerade deswegen liebt. **William Shakespeare schrieb 1592 die Komödie «Der Widerspenstigen Zähmung».** Die kratzbürstige, widerspenstige Katharina gibt sich geschlagen und ihrem Lover das Jawort.

**Die Weihnachts- und Neujahrsfesttage sind Geschichte.** Hoch-Zeit der Weihnachtsgans-Orgien, der Entenbraten- und Truthahnfestspiele, der Rollschinken- und Schüfelischlachten. Inbegriffen die altersfeindlichen, widerspenstigen Lebensmittelverpackungen, die oft nur mit Mühe und Not aufzukriegen sind. Wann endlich begreifen die Verpackungstechniker meine Not? Sogar an meine geliebten Crèmeschnitten komme ich nur mit grobem Werkzeug.

**«Der Widerspenstigen Zähmung», erlebt in Bled (Slowenien).** Die Restaurant-Terrasse am

See ist ausgebucht. Gäste aus aller Welt lachen, werfen die Hände, klappern mit Gabel und Messer, Tausende von Spatzen machen lustvoll mit. Grund der Aufregung: «Originalua blejska kremma rezina», die Original Bleder Crèmeschnitten. Doch Obacht: Sie sind hoch, breit, schwabbelig und müssen in geeignete Portionen zerkleinert werden. Nur: wie?

Da! Die halbe Schnitte segelt durch die Luft und platscht zwei Tische weiter in die noch volle Kaffeetasse eines Seniors. Dieser hält seine Kremma Rezi-na in den Händen und schlabbert und schmatzt genüsslich. Schnauz und Bart haben sich verdächtig gelb verfärbt, dazu gesellen sich die Kaffeespritzer auf seinem weissen Hemd. Aber der Ätti ist glücklich, er hat die Widerspenstige gezähmt.

Bleder Crèmeschnitten – der Höhepunkt jeder Slowenienreise.

So werden wir in diesem Jahr wohl verschiedentlich Dompteur spielen dürfen. **Etwas Widerspenstiges stellt sich einem immer wieder in den Weg.** Das Hindernis bezwingen und den Weg freiräumen macht jeden Tag zum Erlebnis.

Und nicht vergessen: «Hin u wider e Greemschnitta!» ●



## Spenden in WIR

Sie können die EDU auch mit WIR unterstützen. WIR-Spenden senden Sie bitte an:

EDU Schweiz  
Postfach 43  
3602 Thun

IBAN: CH87 0839 1122  
3053 9000 0

Wir danken Ihnen herzlich für jede Form der Unterstützung.

# Warum Wachstum nicht alles ist

**«Ohne Wirtschaftswachstum gerät unser System ins Wanken und in existenzielle Krisen», betonte Prof. Dr. Irmi Seidl. Am Politlunch von EDU, EVP und CVP im Restaurant Rathaus votierte die Umweltwissenschaftlerin gegen den massiven Ressourcenverschleiss und präsentierte Ansätze zu einem nachhaltigen Umbau des Arbeits- und Steuersystems.**



Thomas Feuz

«So kann es nicht weitergehen! Aber wie soll es weitergehen?» Der Moderator lieferte der promovierten Umweltökonomin Irmi Seidl eine Steilvorlage für ihr 45-minütiges Referat. Seidl leitet die Forschungseinheit Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL).

## Entkoppelung als «Zauberwort»

«Die naturwissenschaftlichen Fakten sprechen eine klare Sprache», betonte Irmi Seidl vor rund 40 Personen. Die Konzentration von Kohlendioxid sei seit 1950 massiv gestiegen, meinte Seidl. Und gab gleich eine partielle Entwarnung: «Infolge der vielen Effizienzmassnahmen stehen wir im Energiebereich gar nicht so schlecht da.» Handlungsbedarf sieht die Umweltwissenschaftlerin jedoch in den Bereichen Treibhausgas-Fussabdruck, Materialeffizienz, Effizienz bei Siedlungsabfällen. Das «Zauberwort» heisst Entkoppelung. Jedoch: «Entkopplung findet nicht ausreichend statt, weil Wachstum Effizienzgewinne zunichte macht. Wachstum ist politisch und ökonomisch gewollt.» Reines Wachstumsstreben verhindere aber eine sinnvolle Umweltpolitik. Bereiche wie Arbeitsmarkt, Alterssicherung, Gesundheitswesen oder Konsum seien auf Wirtschaftswachstum angewiesen. Ideal wäre jedoch ein Wachstum ohne übermässigen Umweltverbrauch. Ziel müsse ein Umbau der Systeme sein, mit dem Erhalt der sozialen Errungenschaften der letzten 50 Jahre.

## Ziel: Win-win für alle

Wie können die erwähnten Ansätze in die Praxis transferiert werden? Seidl plädierte für ein breiteres Verständnis von Arbeit, das auch Selbstversorgung, Freiwilligenarbeit und andere Formen der Nicht-Erwerbsarbeit einschliesst. Während Arbeitszeit und Arbeitsbesteuerung reduziert werden sollten, müssten Energie und Ressourcen stärker besteuert werden. Im Bereich Alterssicherung könnte die Mitfinanzierung der AHV durch MwSt, Erbschaftssteuer, Energiesteuer, Kapitalsteuer und den Ausbau



des Umlageverfahrens geprüft werden, im Bereich Freiwilligenarbeit mit adäquatem Versicherungsschutz. Nötig seien neue Generationenverträge mit der Förderung von Ehrenamt, Sozialzeit und Intergenerationenprojekte, mit mehr Eigenverantwortlichkeit und einem flexiblen Altersrücktritt.

Das alles bedeute nur zum Teil Verzicht. «Wir können alle gewinnen, etwa durch gesündere Böden, weniger Luftverschmutzung, mehr Lebensqualität», zeigte sich die Referentin überzeugt. Jedoch: «Wenn wir nicht jetzt schon bereit sind zu verzichten, werden wir in Zukunft auf noch viel mehr verzichten müssen.»

Ein Umbau würde letztlich alle Beteiligten zu Gewinnern machen. «Wirtschaftswachstum macht viele Anstrengungen für Umweltschutz zunichte. Wir haben viel zu gewinnen, wenn wir wirksamen Klima- und Umweltschutz betreiben!» Der Austausch wurde rege benutzt. Eine Politik machen, die der Gesellschaft dient: Dies bleibt das Ziel der drei organisierenden Parteien EDU, EVP und CVP. Der Thuner Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) und die Gemeinderatsmitglieder Andrea de Meuron (Grüne) und Konrad Hädener (CVP) gaben dem Anlass einen sympathischen prominenten Touch. Die EDU war mit ihren beiden Stadtratsmitgliedern Vreni Schneider und Manfred Locher vertreten. ●

# Treff punkt

## «Dankbar sein, wachsam bleiben»

**Wir erinnern uns sicher an die Berichte über die medial breit angekündigte «Wanderung» des Islamischen Zentralrats der Schweiz, etwa im «Standpunkt» 10/2018 («skurrile Situation im Frutigtal»). Gott der Allmächtige hat am Bettag, 16. September 2018, auf dem Elsinhorn im Berner Oberland seinen Sieg offenbart und unser Gebet erhört.**

Ernst Schranz



Der Islamische Zentralrat der Schweiz hatte erklärt, vom Elsinhorn aus das Frutigland im Namen Allahs einnehmen zu wollen. Die Gruppe mit Erwachsenen, Teenagern und Jugendlichen musste an der Stelle, wo im Namen Jesu geboten wurde: «Bis hier und nicht weiter!» wegen eines Wolkenbruchs umkehren.

### **Vision: ein Gipfelkreuz auf dem Elsinhorn**

Nach diesem Ereignis hat mir Gott den Wunsch und die Vision aufs Herz gelegt, dass ein Kreuz auf dem Elsinhorn stehen soll. Die Alpschaft Elsigen war diesem Vorhaben wohlgesinnt und so konnten Kobi Ryter, Erwin Maurer und ich aktiv werden. Bei wunderschönem Herbstwetter machte sich am 26. Oktober 2019 eine Gruppe von Freunden dieses Vorhabens mit einem schönen Eichenholzkreuz im Gepäck auf den Weg aufs Elsinhorn. In einer Stimmung der spürbaren Gegenwart Gottes, mit Gebet und Proklamation der Macht und Herrlichkeit Gottes über die Alp und das ganze Frutigland, mit Schofar blasen, singen und einem gemeinsamen Abendmahl wurde das Kreuz aufgerichtet. Dieses Kreuz steht als ein christliches Zeugnis, als Zeichen des Sieges Jesu und des Erbarmens Gottes über unser Land. Es mahnt uns als Gemeinde Jesu, wach zu bleiben und Busse zu tun für die Sünde und die zunehmende Gottlosigkeit in der Schweiz. Und es ermutigt zur Dankbarkeit für Gottes Geduld, Gnade und Barmherzigkeit und zur Fürbitte für unsere Obrigkeit.

## Zuschriften



Joachim Gangl,  
Vizepräsident EDU Kt. Solothurn

### **Umdenken**

In der kleinen Schweiz sind etwa 4,5 Millionen Autos zugelassen. Das ergibt einen Verbrauch von rund 20 Millionen Liter Benzin und Diesel täglich. Zudem belasten Tausende von LKW, Bussen, Traktoren Schiffen, Flugzeuge die Luft und erwärmen die Atmosphäre. Dazu kommen Ölheizungen und der Industrieverbrauch. Für mich ist es einsichtig, dass in den letzten 80 Jahren Erde und Luft systematisch stark erwärmt wurden. Einige warnten schon vor Jahrzehnten vor den Folgen dieser Entwicklung. Die Politik hatte andere Probleme und reagierte kaum. Gerade die Schweiz hat es verpasst, Öl durch bessere Systeme zu ersetzen. Und nun schmelzen die Gletscher buchstäblich vor unseren Augen weg!

Natürlich kann man weiterhin abwiegeln und vor überstürzten Massnahmen warnen. Man kann sich ärgern und man kann auch einfach nichts machen.

Als gläubiger Mensch weiss ich von den Prophezien der Bibel für die Endzeit. Aber dürfen wir wirklich die Hände selbstzufrieden in den Schoss legen und abwarten? Sollten sich Christen nicht für eine gesunde Umwelt, die Bewahrung der Schöpfung einsetzen? Eine echte, authentische Politik misst sich am achtsamen Umgang mit den Schwachen. Und dazu gehört auch die Umwelt, denn sie hat keine Lobby.

### **Ihre Ansicht interessiert uns!**

**Trotzdem können wir nicht alle Zuschriften berücksichtigen. Der Abdruck erfolgt gekürzt und in redigierter Form.**

# Bilancio di fine 2019



**Mentre scrivo stiamo per terminare il 2019 ed è tempo per un bilancio di ciò che abbiamo fatto, ma soprattutto di cosa non siamo riusciti a portare a termine, vuoi per pigrizia, vuoi per mancanza di tempo oppure, ed è questo ciò che più preoccupa, per l'indifferenza con la quale vediamo gli altri.**

Gabriel Pastor, Membro UDF Ticino

Oggi si parla quasi soltanto di clima e di migranti. Il «clima» coinvolge noi tutti ovunque siamo, di qualunque etnia. La questione «migranti» sembra coinvolgere solo una parte dei cittadini; ebbene, personalmente, sono convinto che sia il clima che la migrazione siano temi di assoluta attualità. Prendiamo per esempio il traffico incontrollato e sempre più assillante con il quale siamo costantemente confrontati (chi scrive abita in una regione, il Malcantone, dove il traffico la fa da padrone ogni giorno).

## **Cosa possiamo fare per migliorare?**

Ebbene, una delle cose primarie è essere attivi nel proprio Comune di domicilio ed essere informati sull'operato del Municipio. Tutti noi, anche nel nostro piccolo, possiamo fare qualcosa per migliorare; ad esempio: usare di più i mezzi pubblici, invogliare gli altri ad usarli e informare le persone responsabili se vediamo delle irregolarità. Per quanto riguarda la questione dei migranti dovremmo in ogni caso essere molto cauti (oggi giorno

non puoi più nemmeno dare una opinione senza essere tacciato di «razzista»); la nostra Confederazione, se ricordo bene, è stata fondata nel nome di DIO Onnipotente e non in nome di chicchessia. In sintesi, come possiamo o cosa possiamo fare per migliorare? Non lasciarci sopraffare da altre credenze e seguire semplicemente il nostro essere «Svizzeri».

Pensiamo di più ai nostri giovani che non trovano un futuro nel nostro Cantone e debbono andare altrove e gli anziani che faticano a

tirare avanti con la sola pensione. Ci vuole più controllo nei Comuni per scovare quegli individui che cercano soltanto di fare il loro comodo a nostre spese. In questo modo non possiamo più andare avanti. Facciamoci forza e mettiamoci a disposizione per le prossime elezioni comunali; è un inizio, lo so, ma se non ci lasciamo prendere dal panico e usciamo allo scoperto come «Cristiani», abbiamo buone possibilità di riuscita nel nostro intento. A noi la scelta.

## **Umfrage: Was möchten Sie mit der EDU bewirken?**

### **«... junge Menschen für Politik begeistern»**



Ich bin in einer christlichen Familie in Adelboden zusammen mit fünf Geschwistern aufgewachsen. Vor der Hochzeit mit Christian absolvierte ich eine Ausbildung zur Verkäuferin und eine Zweitausbildung als Fachfrau Gesundheit. Unsere Söhne Luca und Aaron sind 4 und 1 1/2 Jahre alt. Wir bewirtschaften einen Biobauernbetrieb mit Mutterkuhhaltung und Gemüseanbau. Von Mitte Juni bis Mitte Oktober verkaufen wir unser Gemüse auf dem Wochenmarkt in Klosters. Der Kontakt mit den Kunden macht mir Freude, wie natürlich auch Gemüse ernten. Da auch meine Eltern EDU-Mitglieder sind, begleitete ich sie mehrmals an Anlässe der EDU. Bald entschied ich mich zur Mitgliedschaft. Die Unterschiede zwischen der EDU im Kanton Bern und im Graubünden sind gross: Im Bernbiet können es 50 Personen und mehr sein, hier knapp 30. Vielleicht können wir im neuen Jahr etwas zulegen?

Ende 2017 wurde ich für eine Mitarbeit in der EDU Graubünden angefragt. Nach kurzer Bedenkzeit sagte ich zu und wurde vor genau zwei Jahren in den Vorstand gewählt. An der EDU gefällt mir, dass sie die christlichen Werte klar vertritt, aktuelle Themen aufgreift und diese aus christlicher Sicht beleuchtet. Mir ist es wichtig, dass ich in einer Partei etwas bewirken kann, auch wenn mein Beitrag nur klein und ein Tropfen auf den heissen Stein ist. Ich möchte vor allem auch Menschen in meinem Alter ansprechen, zu Veranstaltungen einladen und für ein Engagement in der Politik motivieren.»

Sonja Sutter (40), verheiratet, 2 Söhne; Verkäuferin / Fachfrau Gesundheit; Vorstandsmitglied EDU Graubünden; Pusserein (Prättigau)

# Angebote und Termine

## Marktplatz

### SUCHEN IMMOBILIEN

Suche zum Kaufen ein **Maiensäss** (Landwirtschaftszone kein Problem – Landwirt EFZ vorhanden) und/oder für einen Sabbatical-Monat eines zum Mieten. Keine Ansprüche an Komfort! Darf auch ganz abgelegen sein. K: 078 602 63 28

### VERMIETEN

**3-Zi.-Wohnung in Bauernhof Stöckli, heimelige, renovierte Parterre-Wohnung** in ruhiger schöner Lage auf dem Land, 7 Autominuten von Burgdorf entfernt, gute Zufahrt, Abstellplatz für 2 Autos, mit Garten und Terrasse. Zentralheizung mit Öl. MZ CHF 1100.–, NK ca. CHF 150.–. K: 034 422 03 89, m.fankhauser@livenet.ch

### SUCHEN

Auf den 1. Feb. 2020 startet OpenHouse (Jüngerschaftliche WG) eine weitere WG in Herisau und sucht **WG-Mitbewohner** in frisch renoviertem Hausteil mit grosser Umgebung. K: www.openhouse4cities.com, Christoph Frischknecht: 079 874 83 68

### VERSCHENKEN

**Vortrags-CD von Prof. Werner Gitt: «Sind alle Religionen gleich?»** Prof. Gitt zeigt hier den grossen Unterschied auf zwischen den verschiedenen Religionen und dem Evangelium von Jesus Christus. Deshalb ist diese CD sehr geeignet zum Weiterschicken an Fernstehende! Gratis erhältlich beim Literatur-Dienst, Postfach 21, 3113 Rubigen BE. K: 079 613 20 02, literatur-dienst@bluewin.ch

### VERSCHIEDENES

**www.predigten4you.ch** – Predigten für Sie, wie Sie es wahrscheinlich nicht gewohnt sind.

## Die EDU lädt ein

**Biel:** jeden 1. Donnerstag im Monat, 19h, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: EDU-Gebet. K: 032 365 42 53

**Heiden:** jeden 1. Dienstag im Monat, 14.30h, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet. K: 077 520 48 73

**Männedorf:** jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen, 9–10h, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

**Unterseen:** jeden 1. Montag im Monat, 6h, Fam. Berthi Martin, Mühleholzstrasse 45: EDU-Gebet.

**Zürich:** jeweils am 2. Mittwoch im Monat, 18.30–19h, Glockenhof, Raum der Stille, Sihlstrasse 33: EDU-Gebet. K: 044 322 61 46

**10./24.2. Bülach:** 20 Uhr, Gemeinde für Christus, Schaffhauserstrasse 4: Gebet der EDU Zürcher Unterland. K: 044 865 20 32, 044 856 01 93

**16.2. Herisau:** 17 Uhr, Pflingstgemeinde, Rosenastrasse 1: EDU-Gebet. K: 071 351 67 39

**7.3. Wil:** 9.30 Uhr, Restaurant Rebstock, Toggenburgerstrasse 54: **MV der EDU Kanton St. Gallen.** Um 11 Uhr: öffentlicher Vortrag von a. NR Christian Waber.

## Christliche Anlässe

### Seminar für biblische Theologie Beatenberg

**1.–8.2.** Seminarwoche Bibelauslegung: 25 Lektionen zu den Psalmenbüchern, Jona und Johannes-Evangelium K: 033 841 80 00, www.gaestehaus.ch

### Ländli Oberägeri

**7.–9.2.** Perlen-WE «Jahreszeiten in meinem Leben»  
**14.–16.2.** Seminar «Damit die Seele wieder lacht»  
**21.–23.2.** Frauen-Verwöhn-WE «Zwischen Angst und Vertrauen»  
**24.–28.2.** Bibliolog-Seminar «Daniel und seine Freunde»  
**28.2.–1.3.** Fitness-Seminar «swinging emotion»  
**1.3.–6.3.** Andachtswoche «Streiflichter der Hoffnung» K: 041 754 91 11, www.zentrum-laendli.ch

### FEG Schweiz

**8.2.** Ehevorbereitung «Fit für die Ehe?» Impulstag für Verliebte und Verlobte in Zürich, 9.30–16.30 Uhr. Die praxisnahe und hilfreiche Ergänzung zur persönlichen Ehevorbereitung. Auch für Paare, die noch nicht heiraten wollen. K: www.feg.ch/ehefamilie

### Hotel Credo Wilderswil

**8.–15.2.** Single-Ski- und Winterfreizeit  
**18.–23.2.** Skitouren-Freizeit  
**23.2.–13.3.** Fackelträger Bibelschule K: 033 822 32 06, www.credo.ch

### Vereinigung Pro Israel

**9.2.** 14 Uhr, Kursaal Bern: 32. Nationale Pro Israel-Tagung mit dem israelischen Botschafter Jacob Keidar, Ofer Amitai und Shmuel Ulmer, Israel. K: 033 335 41 84

### Bibelkreis Region Bern

**15.2./28.3.** 1x monatlich, samstags 10 bis max. 12 Uhr, EMK, Raum

Bürge, 2. Stock, Nägeligasse 4, Bern: Kontext und Symbolkraft der Bibel erfahren – «Komm, höre, frage, ergänze!». Kirchenorganisation unabhängig christliches Organ. K: 026 496 44 61

### Christliches Zentrum Silbern

**20.2./19.3./16.4.** 19.30, Dietikon, Christliches Zentrum Silbern: Israel-Gebet

### Gemeinde für Christus

**28.2.–1.3.** «Mit Gott im Job» K: Seminar- und Freizeithaus Wydibühl, Wydibühlstrasse 24, 3671 Herbligen BE, 031 770 71 71, freizeithaus.gfc.ch  
**7.3.** Seelsorgeseminar «Sexualethik» K: Gemeindehaus GFC, Bernstrasse 75, 3613 Steffisburg, Anmeldung bis 17. Februar 2020 per Mail an sekretariat@gfc.ch  
**20.–21.3.** Frauenbegegnung K: Gemeindehaus GFC, Bernstrasse 75, 3613 Steffisburg, Anmeldung an Rebekka Portner: rebekka.portner@ewanet.ch oder 032 392 11

### Seminarcenter Treffpunkt

**8.3.** 20 Uhr, Etzelstrasse 5, Uznach: Multimedia-Präsentation «Die grüne Welle – kritisch hinterfragt» mit Dr. theol. Roger Liebi

### Vereinigung Pro Israel

Vortragstournee mit Joel Goldberg, Direktor des Jugendwerks Netivah, Israel: «Gottes Fürsorge und Liebe für Israel». Mit musikalischer Umrahmung.  
**16.3.** 20 Uhr, Herisau, Casino, Poststrasse 9

**17.3.** 20 Uhr, Chur, Focus C, FEG, Calandastrasse 38

**18.3.** 20 Uhr, Wettingen, Chrüzpunkt FEG, Landstrasse 170

**19.3.** 20 Uhr, Lyss, Hotel Weisses Kreuz, Marktplatz 15

**20.3.** 20 Uhr, Wetzikon, FEG, Langfurrenstrasse 2

**21.3.** 20 Uhr, Zofingen, Stadtsaal, Weiherstrasse 2

**22.3.** 13.30 Uhr, Weinfeld, Hotel Thurgauerhof

**22.3.** 20 Uhr, Winterthur, Zentrum Arche

**23.3.** 20 Uhr, Spiez, Lötschbergzentrum, Thunstrasse 2

**21.3.** 20 Uhr, Zofingen, Basel, Thomaskirche, Hegenheimerstrasse 229

**25.3.** 20 Uhr, Wichtrach, Christliches Zentrum Thalgut

### FEG Schweiz

**20.–22.3.** Thayngen (SH): Ehevorbereitungs-WE «Get Ready and Start». Gönnst euch dieses gemeinsame Wochenende mit viel Zeit füreinander und praxisnaher Inspiration – damit eure Liebe kraftvoll wachsen kann! K: http://www.feg.ch/ehefamilie

### Kontaktperson

Nicole Salzmann  
marktplatz@edu-schweiz.ch

**Der «Standpunkt» 3/2020 wird am 24. Februar 2020 versandt.**

**Redaktionsschluss:**

**7. Februar 2020, Druck:**  
**20. Februar 2020**

## Talon

**ABONNEMENT**  **PROBENUMMERN**

Ich abonniere den Standpunkt für CHF 30.– (11 Nummern).

**GESCHENKABO\* für**

Vorname und Name

Strasse und Nr.

PLZ und Wohnort

E-Mail

Datum

\*RECHNUNG an:

Einsenden an: EDU-Standpunkt, Postfach 43, 3602 Thun

## Impressum

### HERAUSGEBER / REDAKTION

EDU-Standpunkt  
 Postfach 43  
 3602 Thun

### ADMINISTRATION UND ADRESSMUTATIONEN

033 222 36 37  
 mutationen@edu-schweiz.ch

### ANZEIGENVERKAUF

(Inserate, ohne Marktplatz)  
 031 818 01 46  
 inserate@edu-schweiz.ch

### MARKTPLATZ (SEITE 18)

033 222 37 06  
 marktplatz@edu-schweiz.ch

### REDAKTION

033 222 37 07  
 redaktion@edu-schweiz.ch

### ABONNEMENT

CHF 30.-/25 € (inkl. 2,5 % MwSt)

### REDAKTION

Thomas Feuz (Leitung)  
 Arthur Gasser  
 Roland Haldimann  
 Lisa Leisi  
 Martin Lex  
 Hans Moser  
 Markus Reichenbach  
 Daniel Suter

Schreibende geben ihre  
 persönliche Ansicht wieder.

### KONZEPT / GESTALTUNG

Basel West Unternehmenskommunikation AG

### LAYOUT

Harold Salzmann

### DRUCK UND SPEDITION

Jordi AG, Belp

### FOTOS

Titelseite: istock.com  
 3, 19: Thomas Feuz  
 4: Harold Salzmann  
 6, 10, 15, 17, 18: pixabay.com  
 Kopfbilder, 7, 8, 20: zvg  
 12, 13, 14, 16: shutterstock.com

39. Jahrgang; erscheint monatlich  
 11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)  
 Auflage: 23 500 Exemplare

Postcheck 30-23430-4  
 IBAN CH 35 0900 0000 3002 3430 4  
 www.edu-schweiz.ch

### PROBENUMMERN (gratis)

info@edu-schweiz.ch  
 033 222 36 37

### JAHRESABONNEMENT

CHF 30.-/25 € (inkl. 2,5 % MwSt.)

# «Den Ball aufnehmen»

Mediendienst EDU Schweiz

Wenn Sie diesen Text lesen, befindet sich der Abstimmungskampf zur Erweiterung der Rassismus-Strafnorm («Zensurgesetz») im entscheidenden Schlussspurt. Da die Mehrheit der Stimmberechtigten jeweils bis zur letzten Woche noch nicht abgestimmt hat, lohnt es sich also, bis zum Schluss – am 9. Februar schliessen die Urnen – am Ball zu bleiben. **Wir danken Ihnen, wenn Sie die letzten Tage nutzen, um Freunde und Bekannte zu motivieren, an der Abstimmung teilzunehmen, die Abstimmungszeitungen zu verteilen oder Leserbriefe zu verfassen. Ganz wichtig sind auch das Gebet und Finanzen.** Die EDU hat den Ball aufgenommen, ihre Grundsätze einer breiten Öffentlichkeit präsentiert und viel unternommen, um die Bevölkerung zu überzeugen. Sie hat bewiesen, dass sie die bürgerlich-christliche Basis mobilisieren kann und, zusammen mit weiteren Organisationen, referendumsfähig ist. Das gibt uns Kraft und Zuversicht für kommende Aufgaben! Die nächsten Herausforderungen folgen bestimmt, etwa das wahrscheinlich nötige Referendum gegen «Ehe für alle». **Viele Christen werden wieder auf die EDU zählen – und wir werden wieder auf Ihre Mithilfe angewiesen sein.**

**SCHLUSS  
 PUNKT**

**E. + W. BERTSCHI AG**  
 Ihr Fachwissen steht für Sie  
 5728 Gontenschwil 062-773 12 40  
 Spenglerei · Sanitär · Heizungen

**TB TRANSPARENT BROKER**  
 fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern  
**Sind Sie fair versichert?**  
 www.TransparentBroker.ch

**RE/MAX**  
 Immobilienmakler  
 Nathanael Regez  
 Tel. 079 215 57 27  
 n.regez@remax.ch  
**Kostenlose Schätzung**

**baumann elektro**  
 jung, dynamisch und motiviert  
 baumannelektro.ch | 031 721 62 27

**Mercy Ships**  
**SPITALSCHIFFE FÜR DIE ÄRMSTEN**  
 Sie können helfen!  
 www.mercyships.ch

**Huwa**  
 100 Jahre  
 www.huwa.ch

REISEN. ERLEBEN. ERFAHREN.

 mideast.tours

# JUBILÄUMSREISE 35 JAHRE WIRKEN AGENTUR C



17.-25.05.2020

ZURÜCK ZU UNSEREN WURZELN!

MIT DEN BELIEBTESTEN UND  
ERFAHRENTEN ISRAELKENNERN  
MATTHIAS „KUNO“ KUHN UND ADI FURRER

AB CHF 2'290.-

INFOS UND ANMELDUNG: [WWW.MIDEAST.TOURS](http://WWW.MIDEAST.TOURS)

Agentur C®

  
HINE ADON  
**HOTEL**  
APARTHOTEL  
[HINEADON.COM](http://HINEADON.COM)

  
**FERIEN & SEMINARE**  
[www.cvjm-zentrum.ch](http://www.cvjm-zentrum.ch)

  
HOTEL  
KURHAUS  
*Grimmialp*  
*Einfach schön ...*  
Gemeinde-Weekend  
Retraiten  
Familienferien  
Ferienwohnungen  
[kurhaus-grimmialp.ch](http://kurhaus-grimmialp.ch)  


  
Ruedi Josuran:  
**«Lepra ist heilbar.  
Helfen Sie jetzt!»**  
[lepramission.ch](http://lepramission.ch)

Treuer Verwalter sucht  
**Mehrfamilienhaus zu kaufen.**  
Das Erbe wird in Ehren  
weitergeführt...  
Bitte rufen Sie an: 033 535 59 45

**schenk**  
Gesteuerte Horizontal-Bohrtechnik  
[www.schenkag.com](http://www.schenkag.com)

## Fachhändler für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Designs  
fanello-Lattenrost und Naturlatexmatratze  
Schurwollduvets, Kissen und Betauflagen

**Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!**



**Spycher-Handwerk** **Schaukarderei**  
Huttwil  
  
- Naturfaserkleider  
- Jurtenübernachtung  
- Betriebsführungen  
[www.kamele.ch](http://www.kamele.ch) 062 962 11 52